

Antrag

der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Dr. Hermann E. Ott, Stephan Kühn, Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Harald Ebner, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Lisa Paus, Dorothea Steiner, Markus Tressel, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ökologische Baustoffe – Klima schützen, Energie sparen und Ölabhängigkeit reduzieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, den Energieverbrauch sowie die CO₂-Emissionen zu senken und die Abhängigkeit von Erdölimporten zu reduzieren, ist die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie der Nachhaltigkeit im Gebäudebestand ein wichtiger Baustein. In Bezug auf die Modernisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden sind immerhin erste Schritte eingeleitet. Alternative Baustoffe haben aber trotz des großen Substitutionspotenzials nur wenig Eingang in die Aktionsprogramme zur Gebäudesanierung gefunden und selbst im Neubau sind sie nur die Ausnahme.

Ein Großteil der in Deutschland benötigten energetischen und nichtmetallischen mineralischen Rohstoffe wird im Land gewonnen. Mengenmäßig sind Bausande und -kiese mit etwa 239 Millionen Tonnen die wichtigsten mineralischen Rohstoffe, auf die knapp ein Drittel der heimischen Rohstoffproduktion entfällt. Die Entnahme von Rohstoffen beeinflusst die Umwelt negativ: Unter anderem durch Veränderungen der Landschaft, Abholzung der Vegetation für Tagebaue, Absenken der Grundwasserspiegel, die Belastung des Grundwassers mit Metallen oder durch Versauerung sowie durch das Risiko von Bergschäden.

Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Marktanzreizprogramme für ökologische Baustoffe wurden von den nachfolgenden Bundesregierungen nicht weitergeführt. Die Laufzeit der Programme war zu kurz, um wesentliche dauerhafte Preissenkungen der Produkte zu erreichen. Diese konnten gegenüber den Produkten aus der steuerbefreiten stofflichen Nutzung von Erdöl keine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit entwickeln, obwohl die im Neubau und der energetischen Gebäudesanierung üblicherweise verwendeten Baustoffe hinsichtlich Energieverbrauch, CO₂-Emissionen, Haltbarkeit, Schadstofffreiheit und Recyclingfähigkeit vielfach mangelhaft sind. Temporäres Bauen und somit leicht recyclebare Materialien werden eine immer größere Rolle spielen, das Ideal „bauen für die Ewigkeit“ ist überholt.

Obwohl die konventionellen organisch-synthetischen Dämmstoffe über die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl bereits einen Marktvorteil haben, sind ökologisch nachhaltige Baustoffe in der Fördersystematik der KfW

Bankengruppe mit Dämmstoffen auf petrochemischer Basis gleichgestellt. Unter anderem wegen dieses Marktvorteils und den daraus resultierenden niedrigen Preisen der petrochemischen Materialien werden Dämmstoffe aus ökologisch nachhaltigen Materialien weniger verbaut. Schaut man auf die Zahlen der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der KfW Bankengruppe, so wurden seit 2006 im Neubau und in der energetischen Sanierung 2,4 Millionen Wohnungen finanziert, ca. 4,6 Millionen Tonnen CO₂ eingespart und 320 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Für die Verwendung ökologischer Baustoffe gäbe es bei Betrachtung dieser Zahlen somit ein erhebliches Potenzial.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Subventionierung petrochemischer Kunststoffe und CO₂-intensiver Baustoffe abzubauen, indem:
 - a) die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl abgeschafft wird;
 - b) Energie- und Stromsteuersubventionen für die energieintensive Herstellung von Baustoffen wie Zement und Keramik nur gewährt werden, wenn die Produktion sonst nachweislich von der Verlegung ins weniger stark regulierte Ausland bedroht wäre und keine gleichwertigen Alternativbaustoffe mit besserer Umweltbilanz bereitstehen;
 - c) das Bergrecht grundlegend reformiert wird und Förderabgaben in Höhe von mindestens 10 Prozent konsequent auch auf nicht erneuerbare Baustoffe wie Kies und Sand erhoben werden;
2. den Einsatz ökologischer Baustoffe im Neubau und bei energetischer Sanierung zu fördern, indem:
 - a) ein Modellprogramm für ökologische Baustoffe mit einem Programmvolumen in Höhe von 20 Mio. Euro initiiert wird;
 - b) bei den Programmen der KfW Bankengruppe für Neubau und Sanierung den Einsatz ökologischer Baumaterialien stärker unterstützt werden, beispielsweise in Form eines Standards Effizienzhaus Nature+ der KfW Bankengruppe;
 - c) geprüft wird inwieweit bei der Förderung der nachträglichen Kerndämmung bei zweischaligem Mauerwerk durch die Programme der KfW Bankengruppe die Anforderung der Wärmeleitfähigkeit um die Anforderung einer nachgewiesenen Luftdichtheit der inneren Schale zu ergänzen ist;
 - d) Standards für den Energieverbrauch von Baustoffen eingeführt werden, die den gesamten Lebenszyklus der Baustoffe, inklusive Herstellung und Entsorgung, berücksichtigen;
 - e) bei Energieausweisen für Gebäude eine Nachhaltigkeitsbewertung Betrachtung des Energieverbrauchs im mit Lebenszyklusbetrachtung der Gebäude, und damit auch bei Herstellung und Abbruch der Gebäude sowie durch die Herstellung und Entsorgung der Baustoffe, ergänzt wird;
 - f) ökologische Baustoffe in Brandschutzkategorien gegenüber konventionellen Baustoffen nicht benachteiligt werden;
 - g) die Entwicklung einer einheitlichen Zertifizierung von ökologischen Baustoffen und einer einheitlichen Zertifizierung von Gebäuden unterstützt wird;
3. die Forschung im Bereich ökologischer Baustoffe zu stärken, indem:

der Aspekt Wohngesundheit und Schadstoffemissionen im Wohnbereich im Rahmen der Ressortforschung stärker berücksichtigt wird und verstärkt

Maßnahmen zur Reduktion von Schadstoffemissionen im Wohnbereich entwickelt werden;

4. den Anbau nachwachsender Baustoffe bodenschonend zu gestalten, indem:
der vorsorgende Bodenschutz als Anforderung für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen rechtlich verankert und die gute fachliche Praxis um Vorgaben zum bodenschonenden Anbau nachwachsender Rohstoffe, wie beispielsweise mindestens dreigliedrige Fruchtfolge, Sortenvielfalt, Bevorzugung von Kulturen mit geringem Nährstoffbedarf und extensiven Bewirtschaftungssystemen, ergänzt wird.

Berlin, den 6. November 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Deutschland hat sich international verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten, um den Anstieg der globalen Temperatur um mehr als 2 Grad zu verhindern. Dies bedeutet, dass der Ausstoß von Klimagasen hierzulande um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 gesenkt werden muss. In den Bestandsgebäuden werden 40 Prozent der Endenergie für Wärme und Kühlung verbraucht und fast 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verursacht. Der Gebäudebereich spielt für das Erreichen der Klima- und Energieeinsparziele eine zentrale Rolle. Mit den Klimazielen gehen Fragen der Versorgungssicherheit einher. Das Gros der fossilen Energierohstoffe wird aus außereuropäischen Ländern importiert und es wird immer teurer. Deutschland lag in 2008 mit einem Erdölverbrauch von 118,1 Millionen Tonnen an sechster Stelle der zehn Länder mit dem weltweit größten Erdölverbrauch. Die deutsche Wirtschaft zahlte im Jahr 2010 allein für ihre Ölimporte 41,6 Mrd. Euro.

Zu Nummer 1

Die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl stellt eine Marktverzerrung zu Gunsten umwelt- und klimaschädlicher sowie energieaufwendiger Produkte dar. Die steuerliche Gleichstellung würde einen deutlichen ökonomischen Anreiz zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzen. Die Marktverzerrung ist zu beseitigen, die Steuerbefreiung ist abzuschaffen.

Die Zahlung einer bereits im bestehenden Bergrecht angelegten Förderabgabe muss in Deutschland der Regel- und nicht der Ausnahmefall sein und mindestens 10 Prozent des Rohstoffwerts betragen. Die konsequente Erhebung einer Förderabgabe schafft Anreize für Ressourceneffizienz, gerade bei dem bisher nicht erfassten Abbau von Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteine. Die Verpflichtung zur Zahlung wollen wir auf alle hierzulande geförderten Bodenschätze ausdehnen. Sie sollte nur in begründeten Ausnahmefällen und zeitlich eng befristet erlassen werden und weiterhin den Ländern zugute kommen. Wir wollen Unternehmen, die nachweislich besonders energieintensiv sind und in intensivem internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin Erleichterungen bei den Energiesteuern oder bei den Umlagen für erneuerbare Energien gewähren, um eine CO₂-bedingte Verlagerung von Unternehmen zu vermeiden. Allerdings müssen diese Subventionen zukünftig an den im Einzelfall nachgewiesenen Härten bemessen und an konkrete Effizienzverpflichtungen geknüpft werden, damit nicht Verschwendung und technologischer Stillstand subventioniert werden.

Zu Numer 2

Das Modellprogramm für ökologische Baustoffe soll die Absatzzahlen dieser Produkte im Neubau und bei energetischer Sanierung erhöhen und so die Abhängigkeit Deutschlands von Erdölimporten weiter zu reduzieren. Ergänzend werden die Gebäudesanierungsprogramme der KfW Bankengruppe verstärkt auf ökologische Baustoffe ausgerichtet. Das Konzept zum Effizienzhaus Nature+ könnte ähnlich des Minergie-Modells aus der Schweiz ausgestaltet werden. Das Minergie-Modell funktioniert wie folgt: Weist ein Gebäude neben niedrigen Energieverbrauchswerten auch noch ein gesundes Raumklima auf, so darf es als Minergie-ECO bezeichnet werden. Die Einführung von Standards für den Energieverbrauch von Baustoffen macht den Energieverbrauch sowie die Umwelt- und Klimaverträglichkeit von Bauprodukten transparenter und verbraucherfreundlicher.

Zu Nummer 3

Viele der im Neubau und der energetischen Gebäudesanierung herkömmlich verwendeten Baustoffe erfüllen nur mangelhaft die Anforderungen an das Nachhaltigkeitsprinzip hinsichtlich ihrer Haltbarkeit, Schadstofffreiheit und Recyclingfähigkeit. Die Grundlagenforschung in diesem Bereich der ökologischen Baustoffe und Bauweisen muss daher dringend intensiviert werden, beispielsweise mit einem Forschungsprogramm Bauen mit Holz. Zum Instrumentarium einer nachhaltigen Ressourcenpolitik gehören auch Ressourcensteuern und -abgaben. Negative gesellschaftliche Umweltauswirkungen, die durch den Abbau von Rohstoffen entstehen, können durch Steuern und Abgaben internalisiert werden. Nötig ist deshalb ein Forschungsprogramm, das konkrete Möglichkeiten in den Einstieg der Rohstoffbesteuerung aufzeigt.

Zu Nummer 4

Auch beim Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung oder Baustoffproduktion darf der Bodenschutz nicht in den Hintergrund rücken. Insbesondere der regional konzentrierte, oft mehrjährige Anbau von Monokulturen hat massive negative Auswirkungen auf die Böden. Monokulturen wirken erosionsfördernd, da aufgrund der Pflanzungszyklen die Bodenoberfläche über einen signifikanten Zeitraum ungeschützt bleibt. Zudem verschlechtern sich die Bodenfruchtbarkeit und die Humusbilanz. Daher müssen verstärkt Anreize geschaffen werden, um eine drei- bis viergliedrige Fruchtfolge sicherzustellen. Insbesondere die Vergütungssysteme und die einzelnen kombinierbaren Boni im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind entsprechend umzugestalten. Beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen muss immer auch der vorsorgende Bodenschutz im Blick sein. Ihr Anbau darf nicht zu einer Zunahme der Belastung von Böden und Wasser führen.